

Entschließungsantrag

der Fraktion der PDS

zu der vereinbarten Debatte

Entscheidung des US-Senats zum Atomteststoppvertrag

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass der Beschluss des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika, den Teststoppvertrag (CTBT) nicht zu ratifizieren, ein schwerer Rückschlag für alle Bemühungen um internationale nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle ist.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass dieser Schritt die Bereitschaft einer Reihe von Atomwaffenstaaten, u. a. Russland, China, Pakistan, Indien den Vertrag zu ratifizieren, erheblich herabgesetzt, insgesamt die Verhandlungen über nukleare Abrüstung deutlich erschwert und einen starken Verlust gegenseitigen Vertrauens herbeigeführt hat. Damit steht nicht nur der Teststoppvertrag auf dem Spiel, sondern auch der Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT). Dessen unbefristete Verlängerung konnte nur durch die nunmehr obsolet gewordene Zusage der Atomwaffenstaaten erreicht werden, Atomwaffenversuche einzustellen. Damit wächst die Gefahr der Weiterverbreitung dieser Massenvernichtungswaffen.

Der Deutsche Bundestag befürchtet, dass die Nichtratifizierung zum Anfang vom Ende dieses wichtigen internationalen Vertrags wird. Damit würde ein Startschuss für eine neue nukleare Aufrüstungsrunde gegeben, zumal die Nichtratifizierung des Teststoppvertrags mit den amerikanischen Bestrebungen um den Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems und damit dem Versuch korrespondiert, den ABM-Vertrag von 1972 zu unterlaufen.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass alles getan werden muss, um einen neuen nuklearen Rüstungswettlauf abzuwenden.

II.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. alle möglichen und notwendigen Schritte zu unternehmen, um die USA doch noch zu einer Ratifizierung des Teststoppvertrags zu bewegen,
2. die schwedische Initiative zu einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen für eine atomwaffenfreie Welt zu unterstützen,
3. die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika aufzufordern, sämtliche amerikanischen Atomwaffen vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland bzw. aus Europa unverzüglich zu entfernen,
4. die Zusammenarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO von deutscher Seite endlich aufzukündigen und auf die nukleare Teilhabe in der Atlantischen Allianz zu verzichten.

Berlin, den 28. Oktober 1999

Dr. Gregor Gysi und Fraktion